

## INHALT

Tierwohl sollte Maßstab sein	SEITE 2
Leitlinien für nachhaltiges Bauen	SEITE 3
Klima-Tag für den Kreis Steinfurt	SEITE 4
Fond für Klimaschutz vor Ort	SEITE 4

# BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

KREISTAGSFRAKTION STEINFURT

## Streichkonzert wider die Verantwortlichkeit

Stellenplan-Kürzung verhindert GRÜNE Zustimmung zum Kreishaushalt 2023

"Wir können keinem Haushaltsplan zustimmen, dessen Stellenplan die Erledigung wesentlicher Pflichtaufgaben in Frage stellt", betonen Elke Schuchtmann-Fehmer und Jan-Philip Zimmermann für die Kreistagsfraktion B90/DIE GRÜNEN. Aus Sicht der GRÜNEN hat das hektische „Stellenplan-Streichkonzert“ von CDU und SPD kurz vor der Haushaltsverabschiedung letztlich einen unüberbrückbaren Widerspruch erzeugt: "Verantwortlichkeit klingt für uns auf jeden Fall anders." Die Entscheidung ist nicht leichtgefallen. Sind doch mit den Haushalt 2023 auch viele wichtige Grüne Anliegen erfolgreich auf den Weg gebracht worden. Ganz anders präsentiert sich der Stellenplan: Ob bei Anträgen für Elterngeld, Einbürgerungen, KFZ-Zulassungen, Aufenthaltstitel, Bauanträgen oder auf Familiennachzug – die Menschen werden wegen der Stellenplan-Streichliste nicht nur in diesen Bereichen wegen bekannter Überlastung zukünftig mitunter monatelang warten müssen.

Das nehmen CDU und SPD billigend in Kauf. Was aus christlich-sozialer Sicht als „ein Signal“ gesehen werden will, den Stellenzuwachs „abzuplachten“, ist aus Sicht der Fraktion B90/GRÜNE keine inhaltlich getriebene Entscheidung. Es gehe SPD und CDU im Kreis vielmehr um eine öffentliche Machtdemonstration gegenüber dem Landrat, oder den Versuch Stärke zu zeigen.

Es grenzt an Ignoranz, dass trotz zahlreicher Überlastungsanzeigen und zum Teil hohem Krankenstand Stellen für Pflichtaufgaben der Kreisverwaltung nicht eingerichtet werden. Aus diesem Grund hat die Fraktion von B90/GRÜNE auch dem Haushaltsplan für das Jahr 2023 im Kreistag Steinfurt nicht zugestimmt. Dennoch konnten auf GRÜNE Initiative mit dem Haushalt 2023 wichtige Anträge auf den Weg gebracht werden. So wird die Kreisverwaltung in den kommenden Jahren massiv in den Ausbau von Photovoltaik-Anlagen auf kreiseigenen Dächern investieren.

Dabei ist vorgesehen, alle Dächer voll zu belegen. Es wird außerdem eine Online-Broschüre in 17 Sprachen geben zum Thema „häusliche Gewalt“. Das Budget für Projekte im Jugendförderplan wird um 100.000 Euro aufgestockt, um Mehrkosten für Fahrtkosten, Lebensmittel und Energie abzufedern.

### WICHTIGE STRATEGISCHE ZIELE VERANKERT

Darüber hinaus sind auf Betreiben der GRÜNEN Kreistagsfraktion zusätzliche strategische Ziele verankert worden: Die Kreisverwaltung verpflichtet sich, in Zukunft Beteiligungen des Kreises Steinfurt im Sinne der globalen Nachhaltigkeit zu steuern und die Wirtschaft hin zur Klimaneutralität zu beraten. Die Unterhaltung und den Betrieb von Kreisstraßen und Radwegen ist nunmehr unter Berücksichtigung der Biodiversitätsstrategie zu gewährleisten.



Für mehr Ehrlichkeit in der allgemeinen Stellenplan- und Haushaltsdebatte 2023 hat Andreas Neumann in der Haushaltsrede für die GRÜNE Kreistagsfraktion geworben.

“

Wir beteiligen uns  
nicht an der  
Demontage der  
Kreisverwaltung

Andreas Neumann

[-> zur Haushaltsrede](#)

# Produktion zum Wohle der Tiere umbauen

**Westfleisch-Skandal: Tierschutzverstöße offenbaren Strukturelle Probleme**

Bilder von schwerwiegenden Tierschutzverstößen in deutschen Ställen erreichen uns mit bedrückender Regelmäßigkeit. Sie bedrücken alle Menschen, die Tiere als empfindende Wesen achten und das Tierwohl als Teil der Selbstachtung zum Maßstab ihres Handelns nehmen. Es handelt sich leider nicht nur um Einzelfälle.

Auch dafür sind die verstörenden Bilder aus Ibbenbüren und sechs weiteren Mastanlagen in unserer Region ein weiterer Beleg. Die Skandale der vergangenen Jahre verweisen vielmehr auf die strukturellen Probleme und offenbaren die damit verbundene Machtlosigkeit der Kontrollinstanzen.

Klar ist, dass Landwirt\*innen in Deutschland unter massivem Druck stehen. Preis-Exzesse, Subventionswahnsinn und Abhängigkeiten von der Agro-Industrie haben nicht nur zu einem Höfesterben trotz insgesamt gesteigerter Produktionsleistung beigetragen. Diese Faktoren führen zunehmend zu einer Entfremdung von Landwirtschaft und Gesellschaft. Es ist nur zu erahnen, wie sich das Arbeiten als Landwirt\*in in diesem Spannungsfeld anfühlt. Vor Ort müssen die Anstrengungen deshalb noch weiter verstärkt werden. Landwirt\*innen sind noch besser dabei zu unterstützen, bereits gut funktionierende Strukturen wie z.B. in der regionalen (Direkt-) Vermarktung, weiter auszubauen. Und auch der Bund muss jetzt schnell reagieren und Höfen leichter ermöglichen, ihre Produktion zum Wohle der Tiere umzubauen. Die Borchert-Kommission hat bereits entsprechende Entwürfe dazu vorgelegt. Denn solange der dringend notwendige Umbau der industriellen Landwirtschaft nicht gelingt, werden auch zukünftig solche Bildern unsere Selbstachtung herausfordern.



Unser Ziel: Höfen leichter ermöglichen, ihre Produktion zum Wohle der Tiere umzubauen.

Foto:canva.com

## Damit Hilfe ihr Ziel in 17 Sprachen erreicht

**Broschüre „Häusliche Gewalt“: beschleunigte Übersetzung gesichert**

Der „Runde Tisch – Häusliche Gewalt Kreis Steinfurt“ engagiert sich seit 2003 gegen Häusliche Gewalt.

Häusliche Gewalt findet in der Regel im vermeintlichen Schutzraum der eigenen vier Wände zwischen Menschen statt, die eine enge Beziehung zueinander haben oder hatten. Das macht es Betroffenen häufig besonders schwer, darüber zu sprechen und sich Hilfe zu holen. Oft scheitert ein qualifizierter Hilferuf auch an anderen Sprachbarrieren.

Die Broschüre „Häusliche Gewalt“ ist um ein kultursensibles Vorwort ergänzt worden. Um die Online-Version der Broschüre „Häusliche Gewalt“<sup>1</sup> umgehend in 17 Sprachen übersetzen zu lassen, haben Fraktionen von CDU, SPD und GRÜNE erfolgreich einen gemeinsamen Antrag gestellt, der die notwendigen Finanzmittel in Höhe von maximal 25000 Euro hierfür bereitgestellt. Mögliche Fördergelder sind vorrangig einzusetzen.



Nach Beratung mit der Frauenberatungsstelle, dem Frauenhaus, dem Kommunalen Integrationszentrum und dem Fachdienst für Integration und Migration des Caritasverbandes Rheine ist ein „Ranking“ der 17 Sprachen ermittelt worden, in die die Broschüre übersetzt werden soll. Ziel ist es, möglichst viele bei uns lebende

Frauen zu erreichen, die die deutsche Sprache noch nicht ausreichend beherrschen, aber dennoch von den Hilfeleistungen erfahren sollten. Die Realisierung dieser Übersetzungen in Abhängigkeit der zur Verfügung stehenden Fördermittel hätte sonst voraussichtlich noch mehrere Jahre in Anspruch genommen.



# Jetzt das Zukunftspaket schnüren

GRÜNE fordern Leitlinien für nachhaltiges Bauen und Sanieren im Kreis Steinfurt

„Ist das nachhaltig und klimagerecht?!“ Jedes Bauvorhaben hat im Angesicht des Klimanotstands seine Antwort auf diese zentrale Frage der Gegenwart zu geben. Insbesondere die Vorhaben der Kreisverwaltung. Mit dem Hochbauprogramm bis 2030 setzt der Kreis Steinfurt in den kommenden Jahren mehr als 140 Millionen Euro für bereits beschlossene und noch zu beschließende Baumaßnahmen ein. „Wir müssen im Kampf gegen die Klimakrise jetzt das Zukunftspaket schnüren, um mit verbindlichen Leitlinien für nachhaltiges Bauen und Sanieren von Anfang an den „ökologischen Rucksack“ von Gebäuden auch für künftige Generationen zu verkleinern“, erklärt Jan-Philip Zimmermann vom Sprecherteam der GRÜNEN Kreistagsfraktion.

„Wer die Herausforderungen des Klimawandels ernstnimmt, muss heute die Voraussetzungen schaffen, zukünftig möglichst kreislaufgerecht zu bauen“, ergänzt Andreas Neumann für die GRÜNEN im Kreistag.

Nachhaltiges Bauen umfasst alle Bereiche von der Wahl des Grundstücks über die Architektur und Energie-, Wasser-, Materialeffizienz, den Betrieb, die Instandhaltung sowie Abfallvermeidung bis hin zum ressourcen-effizienten Betrieb und schließlich den Rückbau nach einer Nutzungszeit von 50 bis 100 Jahren.

Denn die Leitlinien sollten aus Sicht der GRÜNEN auch externe Kosten berücksichtigen, dazu zählen auch die (verhinderten) Schäden an Natur und Mensch. Gleichzeitig erleichtert ein verbindliches Regelwerk die Akquise von Fördermitteln. Sie zeichnen so ein realistisches Bild der Maßnahme vor und

stellen die tatsächlichen Kosten des Vorhabens auch im öffentlichen Diskurs transparent dar. Der Kreis Steinfurt könne mit jeder einzelnen Maßnahme einen Beitrag im Kampf gegen die Klimakrise leisten. Gleichzeitig würden aber auch zukünftige politische Beratungsprozesse erleichtert und beschleunigt.



## Klima-Tag für eine starke Zivilgesellschaft

GRÜNE fordern kreisweiten Aktionstag / Ausbau von Windenergieanlagen

Die Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert einen Steinfurter Klima-Tag. Er soll künftig für die Vision einer starken Zivilgesellschaft im Kreis Steinfurt stehen, die über die Gefahren der Klimakrise wohl informiert ist und sich für den notwendigen und drastischen Klimaschutz einsetzt. Mit einem entsprechenden Beschlussvorschlag, jährlich einen kreisweiten Aktionstag durchzuführen, richten sich die GRÜNEN an den Kreistag. Kommunen und Akteure aus Wirtschaft, Kultur, Bildung und Politik werden zur Planung und Mitwirkung eingeladen. Die Kreisverwaltung kann diesen Tag unter anderem für den öffentlichen jährlichen Sachstandsbericht zum 50-Punkte-Handlungsprogramm für den Klimaschutz nutzen. Dafür soll im Haushalt ein feststehendes Budget eingerichtet werden.

Klimaschutz und der Ausbau der erneuerbaren Energien bilden im Osterpaket der Bundesregierung und im NRW-Koalitionsvertrag von GRÜNEN und CDU ein überragendes öffentliches Interesse ab. Die Kreistagsfraktion möchte daher in einer aktuellen Anfrage zum Ausbau von Windenergieanlagen (WEA) von der Kreisverwaltung wissen, wie der Erfahrungs- und Wissenstransfer mit der Bundes- und Landesregierung läuft und wie die Kreisverwaltung diese Prozesse beurteilt. Sind bereits Maßnahmen geplant, um den beschlossenen WEA-Ausbau im Kreis Steinfurt zu beschleunigen? Wie können für den beschlossenen WEA-Ausbau Bürgerwindparks noch stärker unterstützt/gefördert werden und wie verändern sich die Flächenpotentiale durch die angekündigten Veränderungen bei den Mindestabständen?

Bis 2030 sollen in der BRD insgesamt 80 Prozent des verbrauchten Stroms über die Erneuerbaren produziert und bis 2032 zwei Prozent der Landfläche für die Windkraft ausgewiesen werden. Der Kreis Steinfurt ist Vorreiter und Vorbild im Bereich des WEA-Ausbaus. Viele Akteure im Kreis können aus zahlreichen positiven Erfahrungen schöpfen und haben bereits in der Vergangenheit den Ausgleich der verschiedenen Interessen im Sinne des Gemeinwohls geschaffen. Zentral für diesen Erfolg sind aus Sicht der GRÜNEN die Bürgerwindparks. Die Akzeptanz gegenüber WEA ist ungebrochen hoch. Die Menschen im Kreis identifizieren sich mit ihrer Region als Erneuerbare-Energien-Standort. Diese Position gilt es gemeinsam zu stärken und weiterhin konsequent auszubauen.

**"Hürden für gemeinsame Mahlzeiten darf es nicht geben!"**

Ob zu Riesen-Rösti und Quarkspeise oder bei Lasagne-Bolognese samt Vanillepudding - an den Mittagstischen der Janusz-Korczak-Schule gibt es zu jeder Mahlzeit ein frisches Salatbuffet und immer viel zu erzählen. Die "Speisemeisterei" der kreiseigenen Schule mit Förderschwerpunkt Emotionale und Soziale Entwicklung sorgt in Ibbenbüren nicht nur für die ausgewogene Ernährung der Schüler\*innen. Die gemeinsame Mahlzeit stärkt das soziale Miteinander an jedem Schultag. Ein wesentlicher Faktor für gelingende Inklusion und Integration.

Auch darüber hat sich die GRÜNE Kreistagsfraktion zum Tag der Bildung am 24. Januar 2023 fachlich intensiv informiert. Gemeinsam mit Schulleiter Jürgen Bernroth, Konrektorin Melanie Menger und Schulsozialarbeiter Holger Hegekötter haben die GRÜNEN über die Situation der Schüler\*innen und förderliche Bedingungen von Inklusion und Integration diskutiert. Ein besonderes Augenmerk lag dabei auf der Feststellung, dass in diesem Zusammenhang die Essenssituationen eine wichtige Funktion erfüllt, wenn es um konkrete Erfahrung von Gemeinsamkeit geht. Diese Funktion sollte sie zuverlässig am besten für alle erfüllen. "Umso wichtiger, dass es hier keine finanziellen Hürden gibt und es allen Kindern möglich ist, am gemeinsamen Mittagessen teilzunehmen", betont Sandra Dömer, GRÜNE Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses. "Wir werden im Gespräch bleiben und das Team der Schule auch zukünftig in ihrer wertvollen Arbeit mit den Kindern und Jugendlichen unterstützen", erklärt Fraktionssprecherin Elke Schuchtmann-Fehmer.

# Viel Zustimmung für lokale Klimafonds

**Klima schützen mit freiwilliger Kommunalabgabe gemäß EEG**

Um den Klimaschutz vor Ort voranzutreiben, regt der Verein „Wie wollen wir leben“ an, einen Klimaschutzfonds einzurichten. Er ist dafür gedacht, konkrete Projekte und Maßnahmen in Kommunen zu fördern.

Wir unterstützen diese Initiative gewissermaßen als Muster für Klimafonds in weiteren Kommunen im Kreis, aus dem zweckgebunden Klimaschutzmaßnahmen und -projekte vor Ort gefördert werden können. Ohne die Einrichtung eines lokalen Klimafonds könnte es passieren, dass die Einnahmen im schlechtesten Fall in die Ausbesserung von Schlaglöchern versenkt werden.

Auf dem Weg zur Klimaneutralität brauchen wir auch im Kreis Steinfurt jeden Euro und jede gute Idee. Die Idee von „Wie wollen wir leben“ haben wir am 12. Januar mit Uli Ahlke in einem moderierten Zoom-Meeting Vertreter\*innen der Ortsfraktionen vorgestellt. Das Steinfurter Modell für einen lokalen Klimafonds hat überzeugt.

Der Verein hat die Einrichtung eines Klimafonds für die Kommune Steinfurt auf den Weg gebracht.

Hintergrund: Die finanzielle Ausstattung eines Klimafonds kann durch Spenden und insbesondere durch die freiwillige Kommunalabgabe gemäß EEG erfolgen. Betreiber von Windenergieanlagen dürfen künftig bis zu 0,2 Cent je erzeugter Kilowattstunde Windstrom an die Kommunen vor Ort weiterreichen. Dieses Geld können sich Betreiber von den Netzbetreibern zurückerstatten lassen. Auch wenn es sich um eine freiwillige Regelung handelt, spricht vieles

dafür, dass in Zukunft in den meisten Fällen auch danach verfahren wird. Mit einem Klimafonds in den Kommunen können zweckgebunden Klimaschutzmaßnahmen und -projekte gefördert werden, die den Weg zur Klimaneutralität unterstützen.

Dazu zählen könnten Klimaschutzaktivitäten von Schulen, Vereinen und Initiativen, Maßnahmen zur Energieeffizienz und zur energetischen Gebäudesanierung, klimafreundliche Maßnahmen zur Wärmeerzeugung, oder die Entwicklung von Nahwärmenetzen. Aber auch Maßnahmen für die Unterstützung des Klimaschutzmarketings und der Klimaschutzkommunikation und Personalkosten der Klimaschutzadministration könnten mit Mitteln aus einem lokalen Klimafonds unterstützt werden.

Die finanzielle Ausstattung der lokalen Klimafonds kann durch Spenden und insbesondere durch die freiwillige Kommunalabgabe gem. EEG erfolgen. Das EEG erlaubt Windparkbetreibern direkte Zahlungen an Kommunen. (EEG 2021 § 6 und EEG 2023 § 100)

Auch die Betreiber großer PV-Anlagen sollten in die Finanzierung des Klimafonds einbezogen werden. Nachbargemeinden, deren Gebiete sich zumindest teilweise innerhalb eines 2,5km-Radius um eine Windenergieanlage befinden, sind ebenfalls zu beteiligen. Die Verwaltung des Fonds könnte das lokale Klimaschutzmanagement übernehmen. Über die Vergabe der Mittel sollte ein gegebenenfalls noch einzuberufender Beirat entscheiden.

